

Pressemitteilung | 2. September 2014

„Pille danach“ muss rezeptfrei werden!

Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und internationalen Erfahrungen sprechen dafür, die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel auch in Deutschland umgehend von der Rezeptpflicht zu befreien.

Levonorgestrel ist für die Anwendung zur Nachverhütung medizinisch unbedenklich. Es ist sehr gut untersucht, nebenwirkungsarm, es gibt kein Risiko der Überdosierung und keine wesentlichen Interaktionen mit anderen Arzneimitteln. Das hat der zuständige Sachverständigenausschuss des *Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte* (BfArM) bereits 2003 und erneut 2014 festgestellt.

Die internationale Studienlage belegt, dass Frauen weiterhin reguläre Verhütung anwenden, wenn die „Pille danach“ rezeptfrei erhältlich ist, und dass sexuell übertragbare Krankheiten nicht zunehmen. In den Ländern mit rezeptfreier Vergabe der „Pille danach“ ist auch kein Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche zu verzeichnen.

„Das entscheidende Argument für die Rezeptfreiheit ist die Sicherheit von Levonorgestrel und die Tatsache, dass die ‚Pille danach‘ umso effektiver wirkt, je früher sie nach ungeschütztem Sexualkontakt eingenommen wird“, sagt Prof. Dr. Daphne Hahn, Vorsitzende des *pro familia* Bundesverbands. „Der unnötige Gang zum Arzt oder zur Ärztin verhindert eine schnelle Einnahme der „Pille danach“. Dabei weiß eine Frau nach einer Verhütungspanne am besten, ob sie das Risiko einer ungewollten Schwangerschaft eingehen will.“

Noch immer gelangen Frauen an Wochenenden und Feiertagen nur über große Umwege an das Rezept für die „Pille danach“ – vor allem in Regionen mit überwiegend konfessionell geführten Krankenhäusern.

Deutschland gehört zu den wenigen europäischen Ländern, die auf der Rezeptpflicht von Levonorgestrel beharren. Erst kürzlich hat der österreichische Gesundheitsminister die Abschaffung der Rezeptpflicht in seinem Land vor fünf Jahren als richtigen Schritt gelobt.

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht! Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung fordert die Umsetzung der damit verbundenen notwendigen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bei den gemeinsamen Veranstaltungen, unserer jährlichen Kundgebung sowie durch die Arbeit der rund zwei Dutzend Partnerorganisationen rufen wir die Bundesregierung und Parteien auf, sicherzustellen, dass Menschen über ihre Familienplanung selbstbestimmt entscheiden können – ohne Diskriminierungen befürchten oder erleiden zu müssen – und Unterstützung zur Wahrnehmung ihrer Rechte erfahren, unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Situation.

Das **Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** fordert eine adäquate Gesundheitsversorgung für alle und einen selbstbestimmten Umgang mit Familienplanung und Sexualität. Denn jede*r hat ein Recht auf Sexualität.

Unterstützen Sie unsere Forderungen! Das **Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** lädt Sie zur diesjährigen Kundgebung am 20. September 2014 vor dem Brandenburger Tor (Platz des 18. März) von 13 bis 15 Uhr ein. Weitere Informationen unter: www.sexuelle-selbstbestimmung.de

Für Interview-Anfragen zum Thema „Pille danach“ wenden Sie sich bitte an Dr. Jutta Pliefke unter 0179 479 90 63 oder 030 398 498 98.